



## PRESSEMITTEILUNG

### Welt-Aids-Tag: G7-Gipfel in Deutschland muss Ende von Aids bis 2030 einläuten

**Berlin, 28.11.2014: Bundeskanzlerin Merkel muss die historische Chance nutzen und den G7-Gipfel 2015 zu einem Erfolg für die weltweite Aids-Bekämpfung machen. Die reichsten Länder der Welt, müssen sich zu einem Ende von Aids bekennen und ausreichend Finanzmittel bereitstellen. Im Jahr der deutschen G7-Präsidentschaft werden die Millenniumentwicklungsziele (MDGs) abgelöst und die Weichen für die globale nachhaltige Entwicklung der nächsten 15 Jahre gestellt. Dadurch trägt die Bundesregierung eine wichtige außen- und entwicklungspolitische Verantwortung.**

Dank wichtiger Erfolge ist es heute unbestritten, dass ein Ende von Aids bis 2030 möglich ist. Dazu muss mehr in Prävention, Diagnostik und Behandlung investiert und Stigmatisierung und Diskriminierung abgebaut werden. Die dazu notwendigen Mittel existieren, sie müssen nur ausreichend finanziert und eingesetzt werden. Immer noch haben schätzungsweise 14 Millionen Menschen in Entwicklungsländern keinen Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten.

„Bundeskanzlerin Merkel hat mit der Präsidentschaft des G7-Gipfels 2015 alle Karten in der Hand, um eine der katastrophalsten Bürden der Menschheit und ein wesentliches Entwicklungshemmnis zu besiegen. Die Bundesregierung muss ihre Gastgeberrolle dazu nutzen, das Ende von Aids bis 2030 als neues globales Entwicklungsziel auszurufen. Dazu gehört auch die Ankündigung von Beitragserhöhungen auf ein der deutschen Wirtschaftskraft angemessenes Niveau und die anderen G7-Länder dazu ebenfalls zu motivieren“, so Sylvia Urban, Sprecherin des Aktionsbündnis gegen AIDS.

Der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria kann durch eine ausreichende Finanzierung einen wesentlichen Beitrag zur Ausweitung von Präventions- und Behandlungsprogrammen für diese drei arbeitsassoziierten Krankheiten leisten.

„Der Globale Fonds ist das entscheidende Mittel, um ein Ende von Aids zu erreichen. Die Bundesregierung liegt mit ihrem Beitrag bisher weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Einer substantiellen deutschen Beitragssteigerung darf nichts im Wege stehen, auch weil ab 2016 eine Kontinuität der gesteigerten Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer möglich ist“, so Astrid Berner-Rodoreda, Sprecherin des Aktionsbündnis gegen AIDS.

Der Koalitionsvertrag unterstreicht die wichtige Rolle des Globalen Fonds bei der Bekämpfung von Aids als Krankheit und die kürzlich vorgestellte Zukunftscharta des Entwicklungsministeriums hält fest, dass die Bundesregierung zu einem Ende von Aids bis 2030 beitragen will. Das Aktionsbündnis gegen AIDS appelliert an die Bundesregierung diesen Worten nun auch Taten folgen zu lassen.

*Das AKTIONSBÜNDNIS GEGEN AIDS ist ein Zusammenschluss von über 100 Organisationen der Aids- und Entwicklungszusammenarbeit sowie mehr als 220 lokalen Gruppen. Eines seiner zentralen Anliegen ist eine Verbesserung des Zugangs zu Aids-Medikamenten. Weitere Informationen finden Sie unter [www.aids-kampagne.de](http://www.aids-kampagne.de).*

**Pressekontakt:** Marco Alves, Tel.: 030 - 275 824 03 oder 0176 - 327 111 60, [alves@aid-kampagne.de](mailto:alves@aid-kampagne.de)